



KOALITIONSVERTRAG
zwischen **SPD** und **CDU**
im Main-Kinzig-Kreis
2021 – 2026

Inhaltsverzeichnis

Präambel	3
A) Wirtschaftsstärke, die sich aus weitsichtiger Finanz-, Sozial-, Digitalisierungs- und Investitionspolitik speist	5
I. Finanzen	5
II. Wohnen	6
III. Digitalisierung	7
IV. Wirtschaft und Arbeit	8
B) Bildung und Ausbildung, die für ein selbstbestimmtes Leben in der Mitte des 21. Jahrhunderts rüsten	10
I. Schulbau	10
II. Bildungspartner Main-Kinzig gGmbH	11
III. Digitalisierung	11
IV. Schulsozialarbeit	11
V. Ausbildung	11
VI. Inklusion	12
VII. Schulentwicklungsplan	12
VIII. Bewegungsförderung	12
IX. Schulwahl	12
X. Ganztagsbetreuung	12
XI. Brandschutzerziehung	13
XII. Berufliche Schulen	13
XIII. Schulverwaltung	13
XIV. Digitale Lernmittelfreiheit	14
XV. Schülerbeförderung	14
C) Politik des Zusammenhalts und Sorgeskultur, die alle Menschen und Traditionen des Kreises einbezieht	15
I. Gesundheit und Pflege	15
II. Arbeit, Qualifizierung und Ausbildung	16
III. Soziales	17
IV. Demokratie stärken, Zusammenhalt fördern	18
D) Verkehr, Infrastruktur sowie Umwelt- und Klimaschutz Grundlagen für Mobilität und Wachstum mit Verantwortung für Natur und Landschaft	19
I. Energie, Umwelt und Ländlicher Raum	19
II. Verkehr	20
III. Fluglärm	22
IV. Tourismus	22
E) Zusammenarbeit in der Koalition	23
I. Zusammenarbeit der Koalitionsfraktionen	23
II. Zusammenarbeit im Kreisausschuss	23
III. Ausschussverteilung	24

Präambel

Der Main-Kinzig-Kreis gehört zu den größten und wirtschaftlich stärksten Landkreisen in Hessen. Seine Lage im Osten der Rhein-Main-Region, seine gute Infrastruktur und eine starke, heterogene Wirtschaftsstruktur bieten auch für die Zukunft **gute Wachstumschancen zur Sicherung von Arbeitsplätzen, Wohlstand und sozialer Verantwortung**. Diese Ziele setzen sich die Koalitionspartner von SPD und CDU als Maßstab für die Zusammenarbeit in der Wahlperiode 2021 bis 2026, in der es außerdem besonders darauf ankommt, den **gesellschaftlichen Zusammenhalt zu wahren**. Wir wollen in unserer Gesellschaft keinen Platz für Extremismus und Radikalismus zulassen und treten für ein Klima der gegenseitigen Achtung, Rücksichtnahme und Solidarität ein, um unsere Freiheit und Demokratie zu stärken.

Die Corona-Pandemie hat uns gezeigt, wie sehr es auf **funktionierende Strukturen in der öffentlichen Daseinsvorsorge** und bei der Krisenbewältigung ankommt. Aber sie hat auch bewiesen, wie leistungsfähig der Main-Kinzig-Kreis, seine Institutionen und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind. Ihnen gilt unser Dank – sie haben Großartiges geleistet. Dieser Dank geht in gleichem Maße an die vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer sowie Institutionen im Main-Kinzig-Kreis. Die Pandemie hat gezeigt, wie wichtig ein **professioneller, starker öffentlicher Gesundheitsdienst** ist, ebenso wie es dezentrale, gut versorgende medizinische und pflegerische Einrichtungen sind. Diese Leistungsfähigkeit und Strukturen gilt es zu erhalten, die Möglichkeiten der digitalen Unterstützung zu nutzen und die Vernetzung der Akteure und Institutionen weiter voranzutreiben, wie dies in den zurückliegenden Monaten im Kreis bereits geschehen ist.

Dabei werden sich in den nächsten Jahren die Rahmenbedingungen, insbesondere die finanziellen Spielräume des Landkreises und der Kommunen, ändern. Die Koalitionspartner wollen aber gerade in der Post-Corona-Zeit die Weichen nicht auf Stillstand oder gar Rückschritt stellen, sondern vielmehr mit **Investitionen in die technische und soziale Infrastruktur** einen Beitrag für die Zukunftsfähigkeit des Landkreises, seiner Unternehmen, Institutionen sowie Bürgerinnen und Bürger leisten. Dabei sehen sich die Koalitionspartner einer sozialpolitisch verantwortungsvollen, investitionsfreudigen, wie finanziell nachhaltigen Politik verpflichtet. Darauf gründet das gemeinsame Bekenntnis zum **finanzpolitischen Dreiklang: investieren, konsolidieren, Kommunen entlasten**.

Ein wichtiger Baustein hierfür ist die Digitalisierung. Der Main-Kinzig-Kreis hat dabei deutschlandweit eine Spitzenposition beim Breitbandausbau. Unser Ziel ist ein **kreisweites, flächendeckendes Glasfasernetz**. Damit stehen wir für einen modernen und zukunftsfähigen Main-Kinzig-Kreis.

Bei der Bevölkerungsentwicklung im Main-Kinzig-Kreis gehen die Koalitionspartner von einem stetigen Wachstum aus. Hierfür gilt es, notwendige Angebote der Verkehrsanbindung an die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main zu verbessern und attraktiven sowie **bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen**. Insbesondere in den westlichen Kommunen des Kreises, aber auch entlang der Verkehrsader A 66, sind schon heute angespannte Wohnungsmärkte festzustellen. Hier wollen die Koalitionspartner eine **Verbesserung des Mietangebotes** auf der Basis bezahlbarer Mieten erreichen. Darauf werden wir in dieser Wahlperiode den Fokus richten und kurzfristig alle Möglichkeiten zur Verbesserung der Situation am Mietwohnungsmarkt untersuchen und in Zusammenarbeit mit der kommunalen Familie umsetzen.

Unter einem lebenswerten Heimatkreis verstehen wir auch und gerade eine **lebendige, vielfältige, geschützte Natur und Umwelt**. Die Fragen der Mobilität, der Energieversorgung,

-erzeugung, der Ernährung und der Land- und Forstwirtschaft erfordern verantwortliches Handeln und mutige Projekte. Dabei sind die **Anforderungen des Klimawandels** in die tägliche politische Praxis unwiderruflich eingewoben. Hierfür übernehmen wir in städtischen, wie ländlichen Räumen gleichermaßen Verantwortung. Auch in einem größeren Maßstab bekennt sich der Main-Kinzig-Kreis zu einem rücksichtsvollen Miteinander und zu seiner Verantwortung als Fairtrade-Landkreis.

Die Förderung von Familien und Kindern zeigt sich insbesondere durch den Erhalt und den Ausbau einer **vielfältigen Bildungslandschaft, die Modernisierung der Schulen und den Ausbau der Ganztagsangebote** bis 2026. Hierfür werden die Koalitionspartner neben den Mitteln des Bundes und des Landes auch erhebliche Eigenmittel des Main-Kinzig-Kreises einsetzen.

Wir stehen für ein Bildungssystem und eine duale Ausbildung, die Menschen zukunftsfeste Perspektiven bieten. Wir wollen von klein auf und bis ins höhere Alter **für alle Menschen zugängliche Förderung und Bildungswege** ermöglichen und die freie Entfaltung von Talent und beruflicher Neigung, ganz unabhängig von Herkunft und Elternhaus ermöglichen und aktiv unterstützen. Bildung, Ausbildung und Fortbildung, die den modernen Anforderungen der Arbeitswelt wie auch dem privaten Alltag entsprechen, sind ganz wesentlich mit der weiteren Digitalisierung der zuständigen Einrichtungen verbunden. Diese Säule der Schul- und Bildungspolitik bleibt auch weiterhin stark.

Auch die wertvolle Bedeutung des Ehrenamtes, des Sports und der kulturellen Vielfalt wurde in der Corona-Pandemie deutlich. Wir **fördern und unterstützen Vereine, Verbände und Initiativen beim Re-Start** wie auch in ihrer weiteren Arbeit zur Bereicherung der kulturellen und sportlichen Landschaft. Die Bewahrung und Stärkung des demokratischen, friedlichen, solidarischen und interkulturellen Miteinanders aller Menschen im Main-Kinzig-Kreis ist dabei unser Ziel. Eine ganz wesentliche Rolle kommt den ehrenamtlich engagierten Bürgerinnen und Bürgern zu, in Vereinen, Verbänden und Privatinitiativen. Ihre Arbeit gilt es zu stärken und zu unterstützen im Geiste einer lebendigen Bürgergesellschaft.

In der vergangenen Wahlperiode wurde der Wunsch der Stadt Hanau, sich nach Überschreiten der 100.000-Einwohnergrenze auf den Weg der **Kreisfreiheit** zu begeben, in offenen Gesprächen und begleitet von den Beschlüssen des Kreistages eingeleitet. Infolge der Corona-Pandemie wurden diese Aktivitäten zurückgestellt. Die Koalitionspartner stehen auf der Grundlage des Kreistagsbeschlusses und der bisherigen Ergebnisse für die Fortsetzung der Gespräche zur Verfügung und respektieren den Wunsch der Stadt Hanau.

Vor uns liegen fünf spannende Jahre. Dieser Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU soll der **Kompass und die Leitplanke** für eine weiterhin erfolgreiche Entwicklung des Kreises sein. Im Einzelnen vereinbaren die Koalitionspartner dafür die nachfolgend dargestellten Ziele und Inhalte für die politische Arbeit von Kreistag und Kreisausschuss.

A) Wirtschaftsstärke, die sich aus weitsichtiger Finanz-, Sozial-, Digitalisierungs- und Investitionspolitik speist

I. Finanzen

Zu Beginn der neuen Legislaturperiode steht der Main-Kinzig-Kreis auf finanziell gesunden Beinen. Die Finanzen des Landkreises sind geordnet, und die wirtschaftliche und finanzielle Gesamtsituation kann als gut bezeichnet werden. Gerade in den zurückliegenden Jahren ist es gelungen, die Verschuldung des Kreises kontinuierlich zurückzufahren. Dies ist einerseits auf die gute wirtschaftliche Entwicklung des prosperierenden Kreises, aber auch auf die Inanspruchnahme von Entschuldungsprogrammen wie des „Kommunalen Schutzschirms“ und der „Hessenkasse“ zurückzuführen. Aus dieser Situation der Stärke heraus wurde im Hinblick auf die Haushaltsgestaltung der jüngsten Jahre der so genannte finanzpolitische Dreiklang entwickelt und praktiziert. Das bedeutet, dass finanzielle Handlungsspielräume wie folgt genutzt wurden/werden:

1. Investitionen in Erhalt und Ausbau der Infrastruktur
2. Entlastung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden
3. Fortsetzung der Konsolidierung und schrittweise Rückführung der Altschulden

Diesem Grundsatz des finanzpolitischen Dreiklangs sehen sich die Koalitionsfraktionen auch weiterhin verpflichtet. Insbesondere wenn es darum geht, die kreiseigene Infrastruktur zu erhalten, zu stärken und auszubauen, sollten keine Abstriche gemacht werden. Dabei sind sich SPD und CDU darüber im Klaren, dass die finanziellen Handlungs- und Gestaltungsspielräume in den nächsten Jahren voraussichtlich kleiner werden. Insbesondere sind hier die mittel- und langfristigen Auswirkungen der weltweiten Corona-Pandemie ausschlaggebend. Vor diesem Hintergrund stehen alle im Koalitionsvertrag getroffenen Vereinbarungen immer unter einem Finanzierungsvorbehalt.

Dabei gilt der Grundsatz, dass bereits durch den Kreistag und den Kreisausschuss beschlossene Maßnahmen und Projekte Priorität vor neuen Maßnahmen haben.

In Würdigung dieser Ausgangslage vereinbaren SPD und CDU nachfolgende Maßnahmen und Schwerpunkte im Bereich Finanzen/Haushalt:

- Zur Sicherstellung einer hochwertigen Gesundheitsversorgung wird der Weg der Eigenkapitalstärkung der Main-Kinzig-Kliniken fortgesetzt. Hierfür werden in den Jahren 2022 bis 2024 weitere 12 Mio. Euro zur Stärkung des Eigenkapitals zur Verfügung gestellt.
- Auch bei weiteren notwendigen und anstehenden Investitionen der Alten- und Pflegezentren, vor allem bei der kreiseigenen Gebäudestruktur, wird die Koalition zu ihrer Verantwortung stehen.
- Die Koalitionsfraktionen bekennen sich klar zum Fortbestand der kreiseigenen Gesellschaften, Betriebe und Anstalten in kommunaler Trägerschaft, um in unterschiedlichen gesellschaftlichen Handlungsfeldern und den Aufgaben der Daseinsvorsorge Verantwortung für die Region und die Bürgerinnen und Bürgern des Kreises zu übernehmen und stellen die jeweils notwendigen Finanzmittel zur Verfügung. Hierfür soll der Bereich des Beteiligungscontrollings personell gestärkt werden, um eine gezielte Steuerung

und Kontrolle der Beteiligungen des Kreises professionell zu ermöglichen.

- Bei der Bemessung der Hebesätze für die Kreis- und Schulumlage ist auch immer die finanzielle Leistungsfähigkeit der Städte und Gemeinden mit zu berücksichtigen. Die Koalitionsfraktionen bekennen sich zu dem Ziel, bei positiver Finanzentwicklung den Hebesatz der Kreisumlage zu senken.
- Für den Investitionsschwerpunkt Bildung und Schule ist für die Jahre 2022 bis 2026 ein Sonderinvestitionsprogramm in Höhe von 40 Mio. Euro zu veranschlagen.
- Als Grundlage für die Verwendung bzw. Anlage liquider Finanzmittel wird eine Anlagenrichtlinie erarbeitet, die in den Gremien des Kreises zur Beschlussfassung gebracht wird. Dadurch soll eine risikoarme Anlage liquider Mittel sichergestellt werden.
- Trotz einer finanziell guten Entwicklung in den zurückliegenden Jahren, bekennen sich die Koalitionsfraktionen zu einer sparsamen Haushaltsführung. Das bedeutet, dass auch bestehende Verwaltungsprozesse kritisch hinterfragt und auf mögliche personelle und organisatorische Synergien hin überprüft werden.
- Die Aufgaben der Kreisverwaltung sind in den vergangenen Jahren stetig gewachsen. Hierzu wurden außerhalb des Main-Kinzig-Forums weitere Büroflächen in der Kreisstadt Gelnhausen angemietet. Vor diesem Hintergrund unterstützen die Koalitionspartner die Möglichkeiten einer weiteren Zentralisierung und räumlichen Zusammenführung von Verwaltungseinheiten vorrangig in der Kreisstadt. Durch eine räumliche Zusammenführung sollen Reibungsverluste reduziert, Arbeitsabläufe besser organisiert und die Erreichbarkeit für den Bürger verbessert werden. In diesem Prozess sind natürlich auch die Auswirkungen der Pandemie, einer möglichen Kreisfreiheit, die Optimierung der Büronutzung sowie Kostenvorteile zu berücksichtigen.
- Die Gespräche des Main-Kinzig-Kreises mit der Stadt Hanau über die Kreisfreiheit Hanau sind auf Basis der bisherigen Kreistagsbeschlüsse stringent weiterzuführen und zeitnah zum Abschluss zu bringen.
- Die Corona-Pandemie hat die Bedeutung und Wichtigkeit einer schlagkräftigen Krisenorganisation herausgestellt. Das neue Amt für Gesundheit und Gefahrenabwehr (ehemals Gefahrenabwehrzentrum) soll am Standort Gelnhausen gestärkt und weiter konzentriert werden.

II. Wohnen

Der Main-Kinzig-Kreis ist ein attraktiver Wohnstandort, was an der Bevölkerungsentwicklung in den zurückliegenden Jahren mehr als deutlich wird. Dabei profitiert der Landkreis von einer guten Infrastruktur und einer insgesamt prosperierenden Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main. Der Zuzug in den Main-Kinzig-Kreis führt aber auch dazu, dass die Immobilienpreise stark steigen und bezahlbarer Wohnraum immer knapper wird. Insbesondere für die Städte und Gemeinden im westlichen Teil des Landkreises und entlang der A 66 ist dies eine zunehmende Herausforderung. Gleichzeitig geht es aber auch darum, in den eher ländlich geprägten Kommunen unseres Landkreises dem demographischen Wandel aktiv zu begegnen und beispielsweise vorhandene Leerstände einer neuen Nutzung zuzuführen. Vor diesem Hintergrund – durchaus unterschiedlicher Entwicklungen in den einzelnen Städten und Gemeinden – legen die Koalitionsfraktionen nachfolgende Maßnahmen zur Stärkung des Wohnstandortes Main-Kinzig fest:

- Die Koalitionsfraktionen sehen die Notwendigkeit bezahlbarer Wohnraumangebote vor dem Hintergrund des seit Jahren zunehmend angespannten Wohnungsmarkts. Unser Ziel ist es, aktiv und im Einklang mit den Interessen der Kommunen das bezahlbare Wohnraumangebot auszubauen und zu verbessern. Dabei sind soziale Gesichtspunkte zu berücksichtigen, insbesondere Barrierefreiheit und generationengerechte Wohnformen.
- Unser gemeinsames Interesse ist es, dort seitens der kommunalen Familie ergänzend tätig zu werden, wo der freie Markt nicht ausreichend Wohnraumangebote zur Verfügung stellt und wo es auf der anderen Seite die Chance gibt, durch die Schaffung oder Förderung von Wohnungen für kleinere und mittlere Einkommen die Wohnungsmarktsituation ein gutes Stück zu entspannen.
- Dabei sollen Wohnraumangebote für junge Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen sowie barrierefreie, seniorenrechtliche und generationsübergreifende Angebote entstehen.
- Dazu sollen die Kräfte und Ressourcen der Städte und Gemeinden als Eigentümer von Bauflächen einbezogen werden. Ziel ist städte- und gemeindeübergreifend eine effiziente Lösung, wie sie beispielsweise durch eine gemeinsame Struktur geschaffen werden kann. Dadurch soll das Vermögen der Städte und Gemeinden erhalten und gemeinsam mit dem Kreis nachhaltig weiterentwickelt werden.
- Das Jahr 2021 wird deshalb dazu genutzt, die Möglichkeiten einer zusätzlichen Wohnraumschaffung für kleinere und mittlere Einkommen durch folgende Instrumente zu prüfen:
 - Gründung einer kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft
 - Einstieg des Main-Kinzig-Kreises in eine bereits bestehende kommunale Wohnungsbaugesellschaft
 - Gründung einer Genossenschaft
 - Gründung eines Zweckverbandes
 - Förderung privater/kommunaler Initiativen
- Diese Prüfung geschieht in enger Abstimmung mit interessierten Kommunen im Main-Kinzig-Kreis, mit denen ein gemeinsamer Vorschlag erarbeitet wird. Die Koalitionsfraktionen verständigen sich auf die zügige Umsetzung des favorisierten Modells.
- Fortsetzung des Förderprogramms zur Stärkung des Ländlichen Raums über das Jahr 2022 hinaus bis zum Jahr 2026. Dabei sind im Rahmen der Fortsetzung des Programms die Förderrichtlinien zu überarbeiten. Die Unterstützung des heimischen Gewerbes wird mit dem Ziel ermöglicht, Leerständen in den Dorfkernen entgegenzuwirken. Künftig wird angestrebt, dass sich die Kommunen an den Einzelmaßnahmen finanziell beteiligen.

III. Digitalisierung

Die Fortsetzung der Digitalisierung ist unbestritten einer der Investitionsschwerpunkte und eines der zentralen Handlungsfelder für die neue Legislaturperiode. Dies gilt für den Ausbau der digitalen Infrastruktur in den Gewerbe- und Wohngebieten sowie die Fortsetzung der Digitalisierung für die Verwaltung, die kreiseigenen Betriebe und Gesellschaften und die Schulen, die sich in Trägerschaft des Main-Kinzig-Kreises befinden, gleichermaßen. Um Art

und Umfang der zu bewältigenden Herausforderungen zu verdeutlichen, sind hier beispielhaft der flächendeckende FTTH-Ausbau in den Gewerbe- und Wohngebieten über die Breitbandgesellschaft, die Umsetzung des Digitalpaktes an den Schulen, die Digitalisierung der Verwaltungsprozesse (einschließlich der Vorgaben aus dem Online-Zugangsgesetz sowie die elektronische Behördenakte) und die Unterstützung der Digitalisierung in den kreiseigenen Gesellschaften zu nennen.

Die Koalitionsfraktionen sind sich deshalb darin einig, zusätzliche finanzielle und personelle Ressourcen bereitzustellen, um die Digitalisierungsprozesse auf all diesen Ebenen voranzubringen. SPD und CDU vereinbaren vor diesem Hintergrund folgende Schwerpunkte und Maßnahmen:

- Fortsetzung des begonnenen FTTH-Ausbaus in den Gewerbegebieten über die Breitband Main-Kinzig GmbH
- Umsetzung des FTTH-Ausbaus für den privaten Bereich im Rahmen eines Förderprojektes durch Bund und Land in einem Gesamtvolumen von voraussichtlich 180 Mio. Euro. Die dafür notwendige Komplementärfinanzierung (ca. 35 Mio. Euro) wird über den Haushalt des Main-Kinzig-Kreises bereitgestellt oder aber über Alternativen abgesichert.
- Der Aufbau eines eigenständigen Amtes 12 (IT, Digitalisierung und E-Government) innerhalb der Kreisverwaltung wird ausdrücklich begrüßt, um die Digitalisierungsprozesse der einzelnen Verwaltungsbereiche zu beschleunigen, die Voraussetzungen für die Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes zu schaffen und die zusätzlichen Aufgaben aus der Digitalisierung der Schulen zu bewältigen. In diesem Zusammenhang wird die Wiedereinführung der bundesweiten Behördennummer 115 im Main-Kinzig-Kreis in Kooperation mit der Stadt Frankfurt am Main geprüft.
- Die für die Umsetzung des Digitalpaktes an den Schulen ergänzenden Finanzmittel werden im Haushalt zur Verfügung gestellt. Ein Schwerpunkt der Investitionen im Bereich Bildung und Schule liegt auch in den nächsten Jahren auf der Digitalisierung der Schulen.
- Die flächendeckende Umsetzung des Projektes LoRaWAN im Main-Kinzig-Kreis wird ausdrücklich begrüßt. Durch eigene Investitionen in diesem Bereich werden die Möglichkeiten für die Nutzung des Netzes durch die heimische Wirtschaft überhaupt erst eröffnet. Hierfür werden Mittel in Höhe von 250.000 € bereitgestellt.
- Wir wollen den Ausbau des 5G-Netzes aktiv vorantreiben. Zur Verbesserung der Mobilfunkinfrastruktur und zum Ausbau des 5G-Netzes werden künftig auch kreiseigene Liegenschaften zur Verfügung gestellt. Davon ausgenommen sind die Schulgebäude des Kreises.
- Die Digitalisierungsstrategie wird in allen kreiseigenen Gesellschaften, insbesondere im Bereich der Pflege und der medizinischen Versorgung, forciert.

IV. Wirtschaft und Arbeit

Der Main-Kinzig-Kreis ist ein wirtschaftlich starker und erfolgreicher Landkreis. Er gehört zu den hessenweit wirtschaftlich stärksten Regionen überhaupt. Damit das so bleibt, gilt es auch künftig gute Rahmenbedingungen für die heimische Wirtschaft sowie die Schaffung von

Arbeits- und Ausbildungsplätzen zu bieten. Zu diesen Rahmenbedingungen gehören neben einem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und der Glasfaserversorgung auch die Schaffung noch kürzerer Wege zwischen Wirtschaft und Verwaltung, die Unterstützung bei der Akquise von Fach- und Nachwuchskräften sowie die Schaffung von Entwicklungsmöglichkeiten bereits vorhandener Unternehmen sowie die gezielte Förderung von Existenzgründern. Insbesondere vor dem Hintergrund eines sich wandelnden Wirtschaftsstandortes Main-Kinzig sind zusätzliche Kraftanstrengungen notwendig, um den Wirtschaftsstandort „fit für die Zukunft“ zu machen.

Im Mittelpunkt der gemeinsamen Arbeit von SPD und CDU stehen daher nachfolgende Projekte, Initiativen und Maßnahmen:

- Unterstützung der Städte und Gemeinden bei der Ausweisung zusätzlicher Gewerbegebietsflächen durch proaktive Vertretung der kommunalen Interessen von den Mitgliedern der Koalitionsfraktionen in der Regionalversammlung Südhessen. Die erfolgreiche Koalition in der Regionalversammlung von CDU und SPD wird durch die Vertreter der beiden Koalitionspartner unterstützt.
- Förderung von Existenzgründern und Start-Up-Unternehmen durch die Wirtschaftsförderung
- Unterstützung der Fachkräftesicherung durch Qualifizierungsangebote der kreiseigenen Bildungspartner GmbH und der AQA GmbH
- Ausbildungsinitiative in Zusammenarbeit mit der IHK und den Handwerkskammern
- Initiierung eines Rates der Wirtschaft
- Fortsetzung der Standortkampagne durch die Spessart Tourismus und Marketing GmbH

B) Bildung und Ausbildung, die für ein selbstbestimmtes Leben in der Mitte des 21. Jahrhunderts rüsten

Bildung ist und bleibt für uns eine zentrale und gesamtgesellschaftliche Aufgabe, um möglichst allen Kindern eine solide Grundlage und den Schlüssel für ihre Zukunft zu überreichen. Wir nehmen dabei alle Lebensphasen in den Blick und verfolgen das Ziel des lebenslangen Lernens. Das bedeutet, dass wir frühkindliche Erziehung in den Kindertagesstätten, Bildungsangebote in den Schulen, die Ausbildung und die Erwachsenenbildung gleichermaßen einbeziehen. Besonders für Letzteres bieten die Bildungspartner Main-Kinzig gGmbH (BIP) ein breit aufgestelltes Kurs- und Seminarangebot, das wir fortsetzen möchten.

Außerdem wollen wir die Schulen weiter modernisieren und auch die Schullandschaft gemeinsam mit den Schulgemeinden in einem offenen und transparenten Prozess weiterentwickeln und den wachsenden Bedarfen anpassen. Ein guter Ansatz ist das im Main-Kinzig-Kreis eingeführte Modell der Verbundschulen, um insbesondere die kleinen Grundschulen im Osten des Kreises zukunftsfähig zu machen. Dies setzt allerdings die Bereitschaft der Beteiligten vor Ort voraus, dieses Modell der Standorterhaltung zu unterstützen.

Der Main-Kinzig-Kreis ist als Schulträger verantwortlich für den Schulbau und die Investitionen. Die Koalitionspartner wollen die Investitionsquote auf dem bisherigen hohen Niveau halten und zudem in dieser Wahlperiode ein „Sonderinvestitionsprogramm Schule“ auflegen. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig die Digitalisierung in den Schulen ist und hat die Entwicklung beschleunigt. Auch hier werden wir den eingeschlagenen Weg fortsetzen und an allen Schulen des Kreises die technischen Voraussetzungen für ein flächendeckendes digitales Angebot sicherstellen.

Für die Umsetzung dieser Ziele haben wir folgende Maßnahmen vereinbart:

I. Schulbau

- Investitionen in Schulbauten werden bis 2026 (Sanierung, Erweiterung, Digitalisierung) auf dem bisher hohen Niveau fortgesetzt. Zusätzlich werden 40 Millionen Euro als Sonderinvestitionsprogramm bereitgestellt.
- Vorhaben aus dem laufenden Programm sowie künftige Sanierungsarbeiten und Neubauten müssen den Anforderungen an Nachhaltigkeit und Klimaschutz entsprechen.
- Bei Neubauten und Modernisierungen von Schulhöfen und Freiflächen, sollen künftig ökologische und zur Bewegung anregende Gestaltungselemente berücksichtigt werden. Hierzu soll in dem Programm „Main.Kinzig.Blüht.Netz“ ein Förderetat aufgenommen werden.
- Bei Neubau- und Sanierungsarbeiten werden mit Bundes- und Landesmitteln geförderte raumluftechnische Anlagen nach dem neuesten Stand der Technik in allen Gebäuden installiert.
- Wie bisher werden bei Inklusionsfällen die erforderlichen baulichen Maßnahmen ergriffen. Bei der aktuellen und kommenden Raumplanung werden Differenzierungsräume (auch als Besprechungsräume) vorgesehen.

- Die Sporthallen des Main-Kinzig-Kreises werden den Vereinen weiterhin kostenlos zur Verfügung gestellt.

II. Bildungspartner Main-Kinzig gGmbH

- Die Koalitionspartner bekennen sich zu den Angeboten der Bildungspartner Main-Kinzig (BIP) und zu dem Konzept des lebenslangen Lernens. Für die BIP GmbH werden jährlich 450 T Euro bereitgestellt, die von Haushaltssperren ausgenommen sind. Damit kann das Bildungsangebot nach individuellen Anforderungen und Bedarfen gestaltet werden.
- Die Zusammenarbeit von BIP und Schulen im MKK ist zu stärken, und zusätzliche Angebote, die im Sportentwicklungsplan als dringend beschrieben wurden, sind in das Programm aufzunehmen.

III. Digitalisierung

- Digitalisierung wird an den Grundschulen, weiterführenden Schulen und beruflichen Schulen mit eigenen Schwerpunkten vorgebracht.
- Einhergeht damit der Ausbau der Weiterbildung und Kompetenzen für Lernende und Lehrende in Zusammenarbeit mit den BIP.

IV. Schulsozialarbeit

- Die Koalitionsfraktionen bekennen sich zur Schulsozialarbeit und stellen ausreichend Finanzmittel für die Schulsozialarbeit zur Verfügung. Voraussetzung ist die finanzielle Beteiligung der Kommunen. Ferner werden vom Land Hessen weitere Co-Finanzierungsanteile gefordert.

V. Ausbildung

- Etablierung eines Fachhochschulangebots im MKK wird angestrebt.
- Die Ausbildungsregion Main-Kinzig-Kreis werden wir durch Schaffung und Unterstützung von Netzwerken (Unternehmen und Schulen) sowie einer Online-Plattform für Ausbildung/duales Studium ausbauen.
- Wir unterstützen ausdrücklich regionale Initiativen und kommunale Vereinbarungen, die gemeinsames zielgerichtetes Vorgehen in Partnerschaft mit der Wirtschaft zum Ziel haben.
- Ein Schwerpunkt unserer Bemühungen wird auf die Gewinnung junger Fachkräfte für Pflegeberufe und Handwerk gelegt. Damit verbunden wird eine Ausbildungsoffensive für Pflegeberufe, Handwerksberufe und soziale Berufe.

VI. Inklusion

- Regelschulen werden weiterhin bei der Ausstattung im Inklusionsfall unterstützt.
- Erhalt und Förderung der Förderschulen als paralleles Angebot zu Regelschulen mit inklusiver Beschulung

VII. Schulentwicklungsplan

- Die Nachfrage nach Gymnasialplätzen wird auch in den nächsten Jahren voraussichtlich weiter zunehmen. Deshalb werden wir in Abstimmung mit dem Schulträger Hanau und in Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Schulamt ein Konzept erarbeiten, um zu erreichen, dass allen Schülerinnen und Schülern ein Platz in einem Gymnasium oder einer entsprechenden Einrichtung zur Verfügung gestellt werden kann. Hierzu ist die bestehende Kooperation mit dem Schulträger Hanau vorrangig zu prüfen. Die Schulkommission und der Bildungsausschuss erhalten zeitnah von den Koalitionspartnern ein Konzept zur Beratung und Abstimmung.

VIII. Bewegungsförderung

- Ausgehend von den Erkenntnissen bei der Erstellung des Sportentwicklungsplans werden wir Initiativen und Angebote unterstützen, die die Bewegungsförderung (inkl. Schwimmen) der Kinder und Jugendlichen zum Ziel haben. Dafür werden zusätzlich bis zu 100.000 € zur Verfügung gestellt.

IX. Schulwahl

- Um Eltern einen Überblick bei der Schulwahl zu ermöglichen, soll für die Übergänge, speziell für den Übergang 4/5, die bestehende Informationsbroschüre professionell überarbeitet werden. Darin werden auch die Inklusionsangebote aufgeführt und die Möglichkeiten von Ausbildungen im handwerklichen Bereich.

X. Ganztagsbetreuung

- Die Koalitionspartner wollen Ganztagsbetreuungsangebote flächendeckend bis zum Schuljahr 2025/2026 sicherstellen.
- Dazu wird eine Beratungsstelle Ganztags im Amt 65 oder der ZKJF gGmbH neu geschaffen.
- Zu den Aufgaben dieser Beratungsstelle gehören auch die Überprüfung der Qualifikation der im Ganztags eingesetzten Kräfte und die Organisation der als notwendig erachteten Qualifizierungsmaßnahmen in Zusammenarbeit mit dem Jugendamt, der ZKJF gGmbH oder anderen Anbietern derartiger Aus- und Fortbildungen. Ziel ist die Etablierung von „Fachkräften für Ganztagsbetreuung“, die als künftiges Rückgrat der Ganztagsbetreuung eine qualitative und pädagogisch wertvolle Betreuung leisten.

- Die Koalitionspartner stellen die notwendigen Mittel für das Zentrum für Kinder-, Jugend- und Familienhilfe (ZKJF) bereit.
- Ausdrücklich bekennen sich die Koalitionspartner zur Umsetzung der Ganztagsangebote Profile 1 – 3 und dem Pakt für den Ganzttag. Hierzu werden die notwendigen infrastrukturellen Grundlagen seitens des Kreises gewährleistet.
- Die Koalitionspartner sind sich einig darin, dass für die Ganztagsbetreuung im Main-Kinzig-Kreis ein pädagogisches Konzept entwickelt werden soll. Die Familien sollen dabei frei aus einem zuverlässigen und flexiblen Angebot wählen können.
- Die Koalitionspartner stehen der Bewerbung einer Schule um ein Pilotprojekt „echte Ganztagschule“ (Profil 3) konstruktiv gegenüber. Die Umsetzung erfolgt auf Antrag der Schulkonferenz.
- Bei der Erstellung des Nahverkehrskonzepts für den ÖPNV sind die Notwendigkeiten im Zusammenhang mit der Ganztagsbetreuung zu berücksichtigen. Hierbei sind die KVG und die Schulleitungen zu beteiligen und die Finanzierung sicherzustellen.

XI. Brandschutzerziehung

- Die Koalitionspartner werden zur Unterstützung, Stärkung und der Nachwuchsgewinnung der Feuerwehren an der Brandschutzerziehung in Schulen festhalten.
- Dabei ist unter Berücksichtigung des Brandschutzerziehungskonzepts des Landes Hessen wieder eine geförderte Stelle zur Koordination der Maßnahmen einzurichten.

XII. Berufliche Schulen

- Der vorliegende genehmigte, aber noch zu überarbeitende, Berufsschulentwicklungsplan wird unter Berücksichtigung der künftig neu geltenden Regelungen hinsichtlich der Klassenstärken überarbeitet bzw. neu erstellt. Ziel dieses überarbeiteten oder neu erstellten Entwicklungsplans muss es sein, ein breitgefächertes und vielfältiges Berufsausbildungsangebot bereitzustellen, um den Handwerks- und Industriebetrieben im Main-Kinzig-Kreis die erforderlichen Fachkräfte zu sichern und die duale Ausbildung zu fördern. Dabei werden wir auf eine gleichmäßige, sachbezogene Berücksichtigung aller Schulstandorte achten. Auf die Anforderung aus der Arbeitswelt wollen wir flexibel reagieren.

XIII. Schulverwaltung

- Die vom Land Hessen geförderten Sekretariatsstellen werden wir in den nächsten Jahren für die Schulen bereitstellen.
- In Zusammenarbeit mit dem im Aufbau befindlichen Amt 12 für Digitales wollen wir prüfen, ob dieser Personenkreis auch als erster Ansprechpartner bei IT-Problemen in Schulen und ggf. als „First-Level-Support“ eingesetzt werden kann.
- Wir werden die zentrale Verwaltung der mobilen Endgeräte im MKK sicherstellen, um die sinnvolle Nutzung der mobilen Endgeräte zu ermöglichen.

- Schulungen für Lehrkräfte für neu installierte Technik (z. B. Smartboards) werden wir in Zusammenarbeit mit dem Medienzentrum und der BIP gewährleisten.

XIV. Digitale Lernmittelfreiheit

- Wir werden uns gegenüber dem Land Hessen dafür einsetzen, dass es zukünftig kostenlos Tablets oder iPads inkl. Software, Lizenzen, Support und Versicherung für Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler gibt.

XV. Schülerbeförderung

- Wir setzen uns beim Land Hessen dafür ein, dass allen Schülerinnen und Schülern ein kostenloses Schülerticket zur Verfügung gestellt wird, mindestens jedoch, dass allen Schülerinnen und Schülern und Betreuungspersonen bei Klassenfahrten die kostenfreie Nutzung des ÖPNV innerhalb Hessens ermöglicht wird.

C) Politik des Zusammenhalts und Sorgeskultur, die alle Menschen und Traditionen des Kreises einbezieht

Die Bewahrung und Stärkung des demokratischen, friedlichen und solidarischen Miteinanders aller Menschen im Main-Kinzig-Kreis ist unsere dauernde Aufgabe. Dazu gehören ein lebendiges gesellschaftliches Leben, eine gute soziale und medizinische Daseinsvorsorge und eine Kultur des integrierenden Austauschs. Wir geben Menschen eine Perspektive, denen, ganz gleich ob durch gesundheitliche oder private Schicksale, Nachteile in Bildung und Beruf drohen. Wir stärken die medizinische und pflegerische Versorgung in der Fläche. Wir stehen für ein starkes Ehrenamt in allen Bereichen des öffentlichen Lebens, das Menschen zusammenbringt, ihnen Halt bietet und die Gesellschaft bereichert. Die Sozial- und Gesundheitspolitik behält deshalb weiterhin für uns einen großen Stellenwert.

I. Gesundheit und Pflege

Eine starke kommunale Infrastruktur ist unerlässlich für die Sorgeskultur im Main-Kinzig-Kreis. Dies zeigt sich in starken Main-Kinzig-Kliniken, einem flächendeckenden Netz an ambulanter ärztlicher Versorgung, starken kreiseigenen Alten- und Pflegezentren sowie einer umfangreichen pflegerischen Versorgung. Als Koalitionsfraktionen legen wir deshalb die nachfolgenden Maßnahmen zur Stärkung unseres Gesundheitsstandortes fest:

- Im Main-Kinzig-Kreis arbeiten wir aktiv daran, eine flächendeckende Struktur an Gesundheits- und Ärztezentren aufzubauen. Unser Ziel ist eine flächendeckende medizinische Versorgung mit Haus- und Fachärzten. Das Förderprogramm zur ambulanten ärztlichen Versorgung im Main-Kinzig-Kreis setzen wir zu diesem Zweck fort.
- Das sektorenübergreifende Telemedizinangebot werden wir im gesamten Landkreis in Zusammenarbeit mit den Main-Kinzig-Kliniken und niedergelassenen Ärzten unter Nutzung der RTW-Übertragungstechnik ausbauen. Umgesetzt werden soll in diesem Zusammenhang auch das Projekt des Telenotarztes für alle Rettungswagen und die Beschleunigung der Verfügbarkeit ärztlicher Fach- und Entscheidungskompetenz durch Zuschaltmöglichkeit von Kliniken und/oder Fachärzten.
- Die Koordinationsstelle ärztliche Versorgung wird dauerhaft etabliert und ausgebaut zu einer Kompetenzstelle sektorenübergreifende Versorgungsplanung und -koordination.
- Die kreisweite regionale Gesundheitskonferenz werden wir fortführen und in einem ständigen Format etablieren. Hierfür soll eine bessere Verzahnung mit überregionalen Gremien stattfinden. Darüber hinaus streben wir ein noch besseres Zusammenspiel der verschiedenen Akteure und Einrichtungen des Gesundheitswesens an.
- Durch die Erfahrungen der letzten Corona-Pandemie werden wir die digitalen Möglichkeiten verstärkt nutzen, um eine präventive Bürgerinformation im Öffentlichen Gesundheitsdienst auf- und auszubauen.
- Wir bekennen uns zu den Main-Kinzig-Kliniken und werden die Weiterentwicklung dieser durch die Stärkung des Eigenkapitals fortsetzen sowie insbesondere die weiteren Spezialisierungen durch die notwendigen Beschlüsse begleiten.
- Gemeinsam bekennen wir uns zu den Alten- und Pflegezentren des Main-Kinzig-Kreises und wollen den Ausbau der stationären Pflegeinfrastruktur weiter begleiten.

Dabei setzen wir nicht nur auf die bestehenden Angebote der Alten- und Pflegezentren des Main-Kinzig-Kreises, sondern wollen dazu beitragen, dass kleinräumige Wohnraummodelle entstehen. Darüber hinaus vereinbaren wir, Modelle des gemeinsamen Wohnens mehrerer Generationen zu schaffen, die um eine mögliche externe pflegerische Unterstützung ergänzt werden können. Die Städte und Gemeinden werden wir beim Ausbau niederschwelliger Betreuungs- und Entlastungsangebote beraten und unterstützen.

- Zudem werden wir die Main-Kinzig-Kliniken und die Alten- und Pflegezentren des Kreises stärker bei der Personalgewinnung unterstützen und dazu ggf. finanzielle Mittel bereitstellen. Geprüft werden soll, ob durch kreiseigene Bemühungen weitere Wohnkapazitäten für Auszubildende und Mitarbeitende geschaffen werden können.
- Unser gemeinsames Ziel ist es, vorhandene Versorgungsengpässe in der kreisweiten Pflegeinfrastruktur zu reduzieren. Hierzu ist es notwendig, die Pflegeversorgungssituation über alle Sektoren hinweg (stationär, ambulant, Tagespflege, palliative Pflege u. a.) und in allen Städten und Gemeinden zu erfassen und so vorhandene Versorgungsengpässe oder -lücken zu erkennen. Hierzu werden wir die regionale Pflegestrukturplanung ausbauen und durch geeignete Maßnahmen unterstützen. Unser Augenmerk liegt hierbei vor allem auch auf einem funktionierenden kreisweiten Tagespflegenetz.
- Die Ausweitung des Beratungsangebotes der vorhandenen Pflegestützpunkte auf lokaler Ebene wollen wir durch mobile Angebote vor Ort und in Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren erreichen.
- Darüber hinaus wollen wir dazu beitragen, die Qualität der Pflege in den bestehenden Einrichtungen zu verbessern. Zum stetigen Austausch aller Träger, Verantwortlichen und Sektoren sowie zur Evaluation bilden wir eine Kommission „Qualität in der Pflege“ unter Leitung der Abteilung „Leben im Alter“. Diese wird regelmäßig im Ausschuss berichten. Wir installieren ein sektorenübergreifendes Netzwerk „Digitalisierung in der Pflege“.
- Menschen zu pflegen und zu versorgen, ist eine fordernde Aufgabe. Der Kontakt zwischen Pflegebedürftigen, die in stationären Einrichtungen leben, zuhause gepflegt werden oder zeitweise Pflege in Anspruch nehmen, den Angehörigen und dem Verantwortlichen ist meist eng und emotional. Bei eventuell auftretenden Problemen ist den beteiligten Personen oft nicht klar, an wen sie sich wenden können. Für solche Fälle wollen wir eine „Ombudsstelle (Vertrauensstelle) Pflege“ aufbauen.
- Dementielle Erkrankungen stellen eine Herausforderung für betroffene Personen, Angehörige, begleitende Systeme sowie die Gesellschaft dar. Wir werden gemeinsam mit allen Beteiligten die Schulungen zu Demenzlotsinnen/lotsen ausweiten und neben dem Netzwerk Demenz zusätzlich eine eigene Demenzberatungsstelle für den Main-Kinzig-Kreis schaffen.
- Das vorhandene Angebot an stationären Hospizen und ambulanter Palliativversorgung wollen wir weiter stärken und unterstützen. Geschaffen wird hierfür eine Koordinierungsstelle „Palliative Versorgung“. Wir wollen damit den Gedanken der Sorgeskultur weiterhin mit den notwendigen Beschlüssen begleiten.

II. Arbeit, Qualifizierung und Ausbildung

Unsere Arbeitswelt befindet sich in einem stetigen Wandel, und durch technologische Entwicklungen gehören manche Berufsbilder der Vergangenheit an oder werden in naher

Zukunft verschwinden oder sich verändern. Gleichzeitig entstehen neue Berufsbilder. Wir nehmen die Verantwortung für eine aktive kommunale Arbeitsmarktpolitik ernst und handeln danach. Dies schließt auch unsere Verantwortung bei der Vermittlung und Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen durch KCA und AQA ein, um ihnen ein selbstbestimmtes Leben ohne staatliche Förderung zu ermöglichen.

Wir wollen als Koalitionsfraktionen darüber hinaus folgende Maßnahmen für eine Verbesserung des Ausbildungs- und Weiterbildungsstandorts umsetzen:

- Unter dem Motto „Handwerk hat Zukunft“ startet der Kreis eine gemeinsame Ausbildungsinitiative mit dem Kommunalen Center für Arbeit, der AQA und den Kreishandwerkerschaften.
- Eine gute Pflege braucht ausreichend Fachkräfte. Deshalb wollen wir in Zusammenarbeit mit dem Kommunalen Center für Arbeit und weiteren Akteuren der stationären und ambulanten Pflege eine Ausbildungsoffensive für diesen Bereich realisieren.
- Die Akademie für Gesundheit und Pflege am Standort in Gelnhausen soll zeitnah zur Umsetzung gebracht werden.

III. Soziales

Die Koalitionspartner bekennen sich ausdrücklich zu ihrer sozialen Verantwortung im Main-Kinzig-Kreis. Schon heute verfügt der Landkreis über ein sehr breites und wirksames soziales Netz für die unterschiedlichen Bedarfe. Zielgerichtet werden wir weitere Angebote schaffen und Maßnahmen ergreifen, um die sozialen Strukturen zu verbessern. Dort, wo es nötig ist, werden wir die Menschen im Main-Kinzig-Kreis unterstützen. Gemeinsam wollen wir folgende Projekte umsetzen:

- Wir schließen die Lücke bei der Versorgung von jungen Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen. Zahlreiche junge Erwachsene sind auf barrierefreien Wohnraum oder sogar auf betreute Wohnangebote oder Pflegeplätze angewiesen. Für diese Personengruppe gibt es in unserer Region kaum entsprechende Angebote. Wir setzen uns dafür ein, diese Angebote zu erweitern.
- Gemeinsam wollen wir den Zugang wohnungsloser und von Wohnungslosigkeit bedrohter Menschen zu Beratungs- und Unterstützungsleistungen des regulären Hilfesystems verbessern. Die Schaffung von Angeboten für Menschen in Wohnungsnotfällen in Zusammenarbeit mit dafür geeigneten Trägern und in Absprache mit den Kommunen sowie dem Landeswohlfahrtsverband ist dabei unser Ziel.
- Kein Mensch darf Opfer von Gewalt werden. Im Besonderen sind leider viel zu häufig Frauen und Kinder betroffen. Kinder in problematischen Familienkontexten bedürfen einer möglichst optimalen Unterstützung. Gleichzeitig muss gewährleistet sein, dass staatliche Eingriffe in die Familien möglichst gering und verhältnismäßig sind. Wir schaffen die Rahmenbedingungen und bauen diese aus, um dies durch das Jugendamt zu gewährleisten.
- Die beiden Frauenhäuser im Main-Kinzig-Kreis erfahren unsere Unterstützung seit vielen Jahrzehnten. Einen Ausbau des Angebotes, eine Unterstützung notwendiger Maßnahmen, um dauerhaft frei von körperlicher oder seelischer Gewalt zu sein, werden wir mit den notwendigen Beschlüssen begleiten.

IV. Demokratie stärken, Zusammenhalt fördern

Der Main-Kinzig-Kreis ist ein demokratischer und weltoffener Landkreis, der einer vielfältigen Gesellschaft Raum und Entfaltungsmöglichkeiten bietet. Basis dafür ist das Grundgesetz, dessen Errungenschaften nicht selbstverständlich existieren. Sie sind das Resultat einer langen Entwicklung, bei der sehr viele mutige und engagierte Menschen auch unserer Region immer wieder für diese Werte eintreten und eingetreten sind, die heute das gesellschaftliche Fundament bilden.

Unsere Demokratie braucht eine starke Zivilgesellschaft. Das aktive Eintreten für die Werte des Grundgesetzes, die Förderung eines lebendigen, vielfältigen, gleichberechtigten und demokratischen Zusammenlebens sowie die Präventionsarbeit gegen Extremismus und Ideologien der Ungleichwertigkeit sind gesamtgesellschaftliche Aufgaben. Sie können nur gemeinschaftlich und gesamtgesellschaftlich gelöst werden und müssen an den Herausforderungen, Problemen und Bedürfnissen vor Ort ansetzen.

Als Koalition werden wir in den nächsten Jahren:

- Den im Programm „Demokratie leben!“ enthaltenen Präventionsansatz nachhaltig und dauerhaft stärken und mit allen Beteiligten in die Fläche des Landkreises tragen. Hierfür stellen wir die notwendigen Mittel zur Verfügung.
- Im Rahmen des Präventionsrates des Main-Kinzig-Kreises gemeinsam mit den Städten und Gemeinden sowie allen Beteiligten eine Gruppe „Für Demokratie – gegen Extremismus“ installieren und dort geeignete kommunale Maßnahmen koordinieren.
- Die vorhandene Konzeption der Demokratiewerkstätten der Bildungspartner Main-Kinzig ausbauen und seitens des Kreises finanzieren.
- Die vorhandenen Möglichkeiten der Beteiligung vor allem Kinder und Jugendlicher an politischen Prozessen erweitern. Wir werden hierfür einen Leitfaden sowie Hilfestellungen erarbeiten, die in den Städten und Gemeinden, die noch keine Kinder- und Jugendforen bzw. -parlamente haben, genutzt werden können.
- Als Landkreis werden wir gemeinsam mit der Kreisschülervertretung ein Planspielformat für alle interessierten Schulen aus dem Main-Kinzig-Kreis entwickeln.
- Die Medienkompetenzangebote der Bildungspartner für alle Generationen in der Fläche ausbauen und an den neuesten Erkenntnissen, Bedarfen und Möglichkeiten ausrichten.
- Die Gesellschaft für Ausbildung, Qualifizierung und Arbeit wird im Rahmen ihrer Maßnahmen und in Zusammenarbeit mit geeigneten externen Partnern die vorhandenen Curricula mit Blick auf notwendige Medienkompetenz ausbauen und ein Programm zur Stärkung des Demokratiebewusstseins auflegen. Dabei werden bisherige Ansätze und Maßnahmen integriert.

D) Verkehr, Infrastruktur sowie Umwelt- und Klimaschutz – Grundlagen für Mobilität und Wachstum mit Verantwortung für Natur und Landschaft

I. Energie, Umwelt und Ländlicher Raum

Natur und Landschaft sind unser Lebensraum und unser wertvollstes Gut im Main-Kinzig-Kreis. Durch einen sorgsamem Umgang mit den natürlichen Ressourcen wollen wir sicherstellen, dass dies auch künftigen Generationen erhalten bleibt. Zum Erreichen der Klimaziele müssen alle politischen und gesellschaftlichen Ebenen beitragen. Die Koalitionsfraktionen bekennen sich zu dem Ziel, Ökonomie und Ökologie miteinander zu verbinden und sie nicht als Gegensätze anzusehen. Das bedeutet, dass wir unsere Heimat in ihrer Vielfalt schützen und erhalten wollen und mit den natürlichen Ressourcen verantwortungsvoll umgehen werden. Begonnene Projekte sollen ebenso fortgesetzt, wie neue Ideen aufgegriffen und unterstützt werden. Gemeinsam vereinbaren wir Initiativen, Projekte und Modelle, die diesen grundlegenden Zielen entsprechen:

- Verankerung Klima- und Umweltschutz im Amt für Umwelt, Naturschutz und Ländlicher Raum
- Erweiterung der Förderkulisse: „Spessart Regional“ und des Förderprogramms, um mehr Kommunen und Gemeinde zu erreichen
- Erfolgreiche Umwelt- und Klimaschutzprojekte über eine digitale Beteiligungsplattform kommunizieren; Ideen der Bürger sammeln und zum Mitmachen animieren
- Durch den Teilplan Windenergie der Regionalversammlung Südhessen sind die Windvorranggebiete festgelegt. Die Koalitionsfraktionen vereinbaren die Nutzung dieser Flächen durch kreiseigene Gesellschaften oder durch Gesellschaften, an denen der Kreis beteiligt ist, nur dort, wo der Ausbau der Windenergie im Einvernehmen mit der Kommune erfolgt.
- Die energetische Sanierung der kreiseigenen Liegenschaften wird konsequent festgesetzt. Besonderes Augenmerk liegt auf dem Austausch alter Heizungsanlagen sowie darauf, die erzeugte Wärme schrittweise bis ins Jahr 2030 CO₂-neutral zu erzeugen.
- Für die Umsetzung der Klimaziele und zur Bürgerberatung soll ein/e Klimamanager/in für Biodiversität und Klimaschutz in der Verwaltung ernannt werden; alternativ kann die Wahrnehmung der Beratungsleistung auch durch eine neue Stelle erfolgen, wenn dafür Fördermittel in Höhe von 100 % zu erhalten sind.
- Einrichtung eines Runden Tisches mit den Umweltverbänden und dem Kreisjagdverband, um einen Interessensausgleich herzustellen (Konflikte z. B. bei Nutzung und Ausbau von Mountainbike-Strecken).
- „Main.Kinzig.Blüht.Netz“: Vernetzung über den gesamten Kreis ausbauen und ökologisch vernetzte Flächen im Main-Kinzig-Kreis schaffen/fördern
- Ausbau der Umweltbildung für alle Generationen mit der Unterstützung der Förderprogramme Ökomodellregion, Spessart Regional und Hessen Naturpark
- Ausbau des Programms Lernfeld Landwirtschaft – Gewinnung von Studierendengruppen

für längerfristige Projekte

- MKK als Ökomodellregion-Nachhaltigkeit und Anstoß neuer Umweltschutzprojekte

Unser Landschaftsbild ist geprägt von der Arbeit der Land- und Forstwirte. Diese Arbeit ist mit Blick auf den Umwelt-, Natur-, Klima- und Tierschutz von hoher Bedeutung und verdient stärkere Anerkennung der Gesellschaft. Dabei wollen wir den Erhalt unserer mittelständischen, landwirtschaftlichen Familienbetriebe sichern. Die Herausforderungen in beiden Wirtschaftszweigen lassen sich nur gemeinsam bewältigen. Hierzu wollen wir mit folgenden Maßnahmen beitragen:

- Unterstützung der heimischen Landwirtschaft durch regionale Online-Plattformen und die Anpassung bzw. Erweiterung der Richtlinien des Förderprogramms „Ländlicher Raum“ um den Baustein Fachkräftewerbung durch Zusammenarbeit mit Partnern und Bildungsangeboten zur Unterstützung lokaler Unternehmen
- „regional-bio-nachhaltig“: Förderung der Vermarktung von qualitativ hochwertigen und regionalen Produkten der heimischen Landwirtschaft sowie Initiierung von Pilot- und/oder Modellprojekten zu regionalen Lieferketten gemeinsam mit Erzeugern und Anbietern
- Enge Zusammenarbeit mit den Jägern im Main-Kinzig-Kreis und mit Blick auf die Seuchenprävention unbürokratischer organisieren

II. Verkehr

Vor dem Hintergrund der Klimadiskussionen spielt der CO₂-Ausstoß durch den Verkehr eine wichtige Rolle. Nach Strom und Wärme hat der Verkehr den höchsten Anteil, bietet dabei aber auch ein beachtliches Einsparpotenzial. Andererseits ist Mobilität ein Grundbedürfnis moderner Gesellschaften, Basis unserer Wirtschaft und Voraussetzung sozialer Teilhabe, insbesondere im ländlichen Raum. Wir wollen individuelle Mobilität erhalten, aber auch das Erreichen der Klimaziele sicherstellen. Die hohe Verkehrsdichte und das Ziel der CO₂-Reduzierung fordern eine bessere Vernetzung der Verkehrsträger im ÖPNV und der Nahmobilität. Die Koalitionspartner wollen den beschleunigten Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und die Verbesserung der aufeinander abgestimmten Maßnahmen unter dem Motto „Mobilitätskreis“ für alle Verkehrsträger aktiv anpacken. Der öffentlichen Hand fällt hier eine wichtige Rolle als Vorreiter und Impulsgeber zu. Das bedeutet konkret:

- Zielsetzung für den öffentlichen Nahverkehr ist ein „Main-Kinzig-Takt“, den wir durch schnelle und verlässliche Verbindungen nachhaltig verbessern und attraktiv gestalten wollen.
- Stärkung der Kreisverkehrsgesellschaft: Der Aufgabenumfang ist in den letzten Jahren gewachsen; darauf ist entsprechend zu reagieren.
- Forderung an Land: Schülerticket für alle bereitzustellen, mindestens jedoch bei schulischen Ausflügen allen Schüler/innen die kostenfreie Nutzung des ÖPNV zu ermöglichen.
- Initiierung eines Fahrgastbeirats in der Kreisverkehrsgesellschaft
- Bei der Erstellung des Nahverkehrsplans sind touristische Ziele möglichst optimal in

das ÖPNV-Streckennetz aufzunehmen und zu integrieren. Eine gute Erreichbarkeit der touristischen Ziele mit öffentlichen Verkehrsmitteln stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der touristischen Akteure und bietet Tages- und Übernachtungsgästen eine ökologische Alternative zur An- und Abreise.

- Verbesserung und Ausbau der öffentlichen Ladeinfrastruktur für Elektromobilität
- Wir werden die mögliche Errichtung einer Power-to-Gas-Anlage mit angeschlossener, öffentlich zugänglicher Wasserstofftankstelle durch die Kreiswerke Main-Kinzig GmbH oder einer Tochtergesellschaft unterstützen und bei der Fördermittelbeschaffung (Land, Bund, Europa) behilflich sein.
- Einsatz sauberer Mobilitätsangebote und Modernisierung des Fuhrparks bei den kreiseigenen Betrieben – unter anderem Zuhilfenahme von Carsharing-Angeboten über kreiseigene Unternehmen
- Aktive Begleitung und Umsetzung von wichtigen Verkehrsprojekten im Bereich Schiene und Straße:
 - Ausbaustrecke Hanau – Gelnhausen (ab 2022); Initiative für Lärmreduzierung für die umgebenden Ortschaften sowie barrierefreier Ausbau aller Haltestationen
 - Ausbau der Nordmainischen S-Bahn (ab 2022)
 - Neubaustrecke Gelnhausen – Fulda (ab 2030)
 - Modernisierung der Bahnhöfe, z. B. Hanau, Gelnhausen
 - Ausbau der Niddertalbahn
 - Regionaltangente-Ost, um einen Ringverkehr um Frankfurt bilden zu können
 - Verbesserung der Autobahn-Anschlussstelle Hanau (A 3)
 - Prüfung einer zusätzlichen Mainquerung im Bereich Maintal – Mühlheim (Main) durch Machbarkeitsstudie
 - ICE-Haltestelle Gelnhausen (Kleine ICE)

Im Bereich der Nahmobilität entwickelt der Radverkehr eine stetig wachsende Bedeutung. Dabei liegen seine Potenziale nicht nur im touristischen Bereich, sondern sind zunehmend auch Teil einer Mobilität für den Weg zur Arbeit. Oft auch in der Verknüpfung mit weiteren Angeboten des ÖPNV. Dieser Entwicklung wollen die Koalitionspartner Rechnung tragen und insbesondere die Radwegeinfrastruktur mit den nachfolgenden Maßnahmen, aufbauend auf dem aktuell in der Bearbeitung befindlichen Radwegekonzept, nachhaltig verbessern:

- Einsetzung eines Radverkehrsbeauftragten aus der Verwaltung, u. a. zur Unterstützung der Kommunen bei der Umsetzung von Radverkehrsverbindungen durch organisatorische und koordinierende Hilfen sowie die Fördermittelakquise für Bundes- oder Landesmittel
- Bereitstellung von Investitionsmitteln für die Umsetzung von Maßnahmen aus dem aktuell zu erstellenden Radwegekonzept für die Errichtung und Unterhaltung von Radwegen und Radverkehrsinfrastruktur (z. B. Fahrradabstellanlagen an den Verknüpfungspunkten des ÖPNV)

III. Fluglärm

Die Koalitionsfraktionen fordern weiterhin die Umsetzung der Rodenbacher Erklärung: die Wiederanhebung der Höhe der Landeanflüge auf den Stand vor März 2011 (mindestens aber um 300 Meter), die Festlegung von verbindlichen Lärmobergrenzen und die Einführung von lärmarmen Anflugverfahren gemäß geltendem Kreistagsbeschluss.

IV. Tourismus

Der Tourismus ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor im Main-Kinzig-Kreis. Unser Ziel ist es, die landschaftlichen und kulturellen Angebote des Kreises für Gäste aus Nah und Fern erlebbar zu machen. Gerade in der Post-Corona-Zeit brauchen die heimischen Betriebe jede Form von Unterstützung, Marketing und unbürokratischer Hilfe, um die Folgen der Pandemie möglichst schnell hinter sich zu lassen.

- Gemeinsam mit den Kommunen vor Ort wollen wir die touristischen Leistungserbringer, Gastronomie, Einzelhandel und die Veranstaltungsbranche unterstützen, zum Beispiel durch unbürokratische Verfahren, unter anderem bei der Nutzung von Sonder- und Zusatzflächen im Freien, geringfügigen baulichen Veränderungen, Öffnungszeiten oder der Genehmigung von Veranstaltungen.
- Interkommunale Zusammenarbeit auch mit den Regionen Spessart und Vogelsberg stärken und die Förderkulisse Spessart Regional erweitern
- Limes-Förderprogramm jährlich mit 25 T € finanziell besser ausstatten
- Unterstützung des Gesundheitstourismus durch intensive Marketingaktivitäten der Spessart Tourismus GmbH

E) Zusammenarbeit in der Koalition

I. Zusammenarbeit der Koalitionsfraktionen

Dieser Koalitionsvertrag gilt für die Wahlperiode 2021 bis 2026 des Kreistages Main-Kinzig. Der Inhalt des Koalitionsvertrages ist Grundlage für die Arbeit von Kreistag und Kreisausschuss. Um ein abgestimmtes Vorgehen sicherzustellen, werden sich die Koalitionspartner regelmäßig austauschen und zu Verfahrens-, Sach- und Personalfragen innerhalb der Koalition Konsens herstellen.

Es gilt das Prinzip der Partnerschaft, das sich auch darin ausdrückt, dass die Koalitionspartner gemeinsam für die gesamte Politik der Koalition Verantwortung tragen. Die vereinbarten und gemeinsam festgelegten Kreisinteressen bilden dabei den obersten Grundsatz. Diese Interessen sollen auch gegenüber anderen staatlichen Ebenen und Behörden vorgetragen und durchgesetzt werden, unabhängig von deren parteipolitischer Zusammensetzung. Dies gilt insbesondere für die Zusammensetzung der jeweils aktuell im Amt befindlichen Bundes- und Landesregierung.

Die Koalitionspartner werden im Kreistag und seinen Ausschüssen nicht mit wechselnden Mehrheiten abstimmen. Dies gilt auch für Themen, die nicht Gegenstand des Koalitionsvertrages sind. Anträge, Initiativen und Anfragen werden immer gemeinsam eingereicht. Über Ausnahmen ist Einvernehmen herzustellen. Themen für die Aktuelle Stunde sind rechtzeitig vor Beantragung mit dem Koalitionspartner abzustimmen.

Um eine enge Zusammenarbeit zu pflegen, findet zwischen beiden Fraktionen ein regelmäßiger Informationsaustausch statt. Der hierzu gebildete Koalitionsausschuss setzt sich zusammen aus den drei Dezernenten, dem Kreistagsvorsitzenden, den Parteivorsitzenden (oder einem Stellvertreter) von SPD und CDU, den Fraktionsvorsitzenden und weiteren bis zu drei Personen der beiden Partner. Der Koalitionsausschuss berät Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung, die zwischen den Koalitionspartnern abgestimmt werden müssen, und die Angelegenheiten des Kreistages. Entscheidungen werden einvernehmlich getroffen und schriftlich fixiert.

II. Zusammenarbeit im Kreisausschuss

Auch im Kreisausschuss tragen die hauptamtlichen Mitglieder gemeinsam Verantwortung für die Politik der Koalition. Dabei werden die jeweiligen Dezernatszuschnitte kollegial beachtet und kommuniziert. Die Rechte des Landrates nach HGO und HKO bleiben von dieser Vereinbarung unberührt.

Die Koalitionspartner entscheiden im Kreisausschuss einvernehmlich. Vor einer Entscheidung des Koalitionsausschusses zu einem streitigen Thema wird keine Entscheidung im Kreisausschuss getroffen.

Für den Fall anstehender Wahlen hat die SPD das Vorschlagsrecht für den/die Erste/n Kreisbeigeordneten und die CDU das Vorschlagsrecht für den weiteren hauptamtlichen Kreisbeigeordneten. Beide werden von den Koalitionspartnern geschlossen gewählt.

III. Ausschussverteilung

Die Anzahl der Ausschüsse bleibt bei vier. Diese setzen sich wie folgt zusammen:

- Haupt- und Finanzausschuss
- Wirtschaft, Energie, Verkehr, Umwelt und Landwirtschaft
- Bildung, Kultur, Sport und Partnerschaften
- Soziales, Familie, Senioren und Demografie

Das Vorschlagsrecht für den Vorsitz des Haupt- und Finanzausschusses liegt in der Wahlperiode 2021 – 2026 bei der SPD. Das Vorschlagsrecht für den Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Umwelt und Landwirtschaft liegt bei der CDU. Das Vorschlagsrecht für den Ausschuss für Bildung, Kultur, Sport und Partnerschaften liegt bei der CDU. Das Vorschlagsrecht für den Ausschuss Soziales, Familie, Senioren und Demografie liegt bei der SPD.

Gelnhausen, im Juli 2021

Für die SPD:

Andreas Hofmann
Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Main-Kinzig

Klaus Schejna
SPD-Fraktionsvorsitzender

Für die CDU:

Katja Leikert
Parteivorsitzende CDU Main-Kinzig

Heiko Kasseckert
CDU-Fraktionsvorsitzender